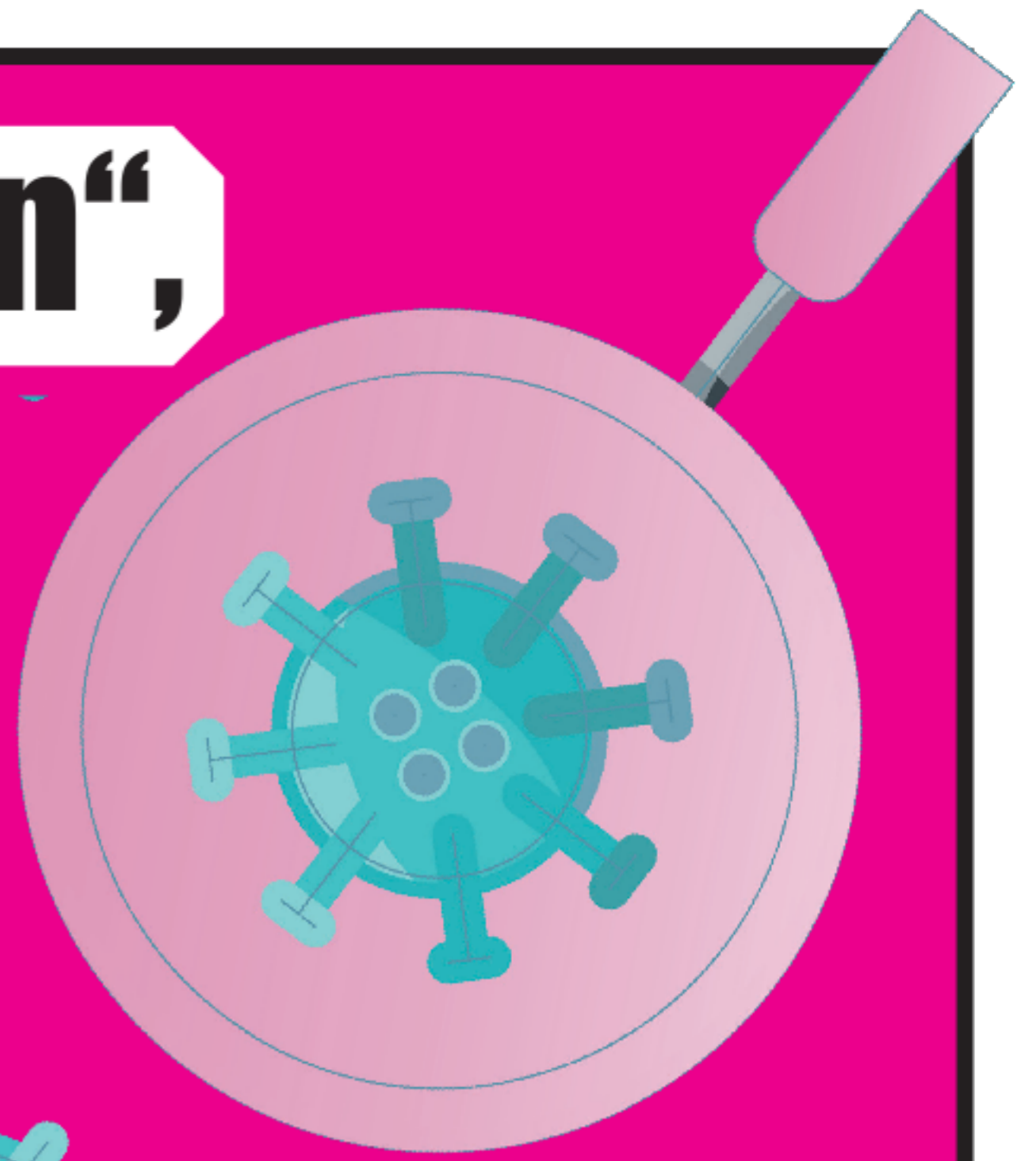


Der „Lockdown“, seine Folgen und unsere Antworten



Das Jahr 2020 endet, wie es auch begonnen hat: Der "Lockdown" bleibt die Notbremse, die immer wieder gezogen wird. Wir – die Kiezkommune Magdeburg-Stadtfeld – möchten uns mit diesem Schriftstück positionieren, um die staatlichen Maßnahmen kritisch zu beurteilen, die schwerwiegenden Folgen aufzuzeigen und gleichzeitig Möglichkeiten einer auf Solidarität basierenden Unterstützung vorzuschlagen. Dabei geht es uns erstens darum für konkrete Verbesserungen für Menschen zu sorgen, die am stärksten von der Corona-Pandemie betroffen sind. Und zweitens geht es um eine Praxis, die nicht dabei stehen bleibt, sondern auch auf eine Veränderung der wirtschaftlichen und politischen Grundlagen unserer Gesellschaft im Ganzen abzielt. Denn in diesen Grundlagen sehen wir die eigentlichen Ursachen einer Krise, die sich gegenwärtig im Rahmen der Corona-Pandemie in einem ganz neuen Ausmaß manifestiert.



Für manche Dividenden in Milliardenhöhe, für andere Applaus

Der zweite "Lockdown" begann Anfang November. Doch dieser betrifft nicht alle Lebensbereiche gleichermaßen. Während überall Vereine, Kulturstätten und andere Freizeitmöglichkeiten gezwungen wurden ihre Angebote einzustellen oder zu verringern, wird versucht, wirtschaftliche Unternehmen weiter am Laufen zu halten, verbunden mit einer maßgeblichen Verschlechterungen der darin beschäftigten Lohnarbeiter:innen. Dies zeigt sich einmal daran, dass Beschäftigte weiterhin in ihren Betrieben arbeiten müssen und damit das Risiko einer Ansteckung eingehen müssen. Die Skandale des Fleisch-Unternehmens Tönnies veranschaulichen dies beispielhaft. In Sachsen-Anhalt (Weißenfels) und in Nordrhein-Westfalen hatten sich Unternehmen von Tönnies zum Corona-Hotspot mit hohen Infektionszahlen entwickelt.

Andererseits ist auch ein Stellenabbau seit der Corona-Pandemie zu verzeichnen. Dies wird exemplarisch deutlich an verschiedenen Krankenhausschließungen in Sachsen-Anhalt. Zum Beispiel die Schließung einer Klinik in Havelberg, inmitten des ersten Lockdowns. Dem Konzern, der das Krankenhaus leitete - der Konzern Klinikgruppe KMG - war es nicht mehr möglich das "Unternehmen" rentabel zu organisieren. Dies war zum Einen mit dem Verlust der Existenzgrundlage der darin Beschäftigten und zum Anderen mit dem Verlust eines Teils der städtischen Gesundheitsversorgung verbunden. Beides sind die Folgen der Privatisierung von Betrieben, deren Erhalt sich an Rentabilität und Profit orientieren, anstatt an den Bedürfnissen der Menschen vor Ort. Dass das Krankenhaus in Mitten der Corona-Pandemie geschlossen wurde, ist an Absurdität und Irrationalität kaum zu übertreffen.

Für uns spiegeln genau solche Beispiele die Funktionslogik des gegenwärtigen Wirtschaftssystems wieder. Auch wenn gerne von sozialer Marktwirtschaft die Rede ist, plädieren wir dafür, das Kind beim Namen zu nennen. Der Kapitalismus ist und bleibt der Kern unseres derzeitigen Wirtschaftssystems und dieser durchzieht mittlerweile alle Bereiche unseres Lebens. Wenn Krankenhäuser während einer globalen Pandemie schließen, weil damit keine Profite mehr erwirtschaftet

werden können oder Pflegemitarbeiter:innen einen Applaus als Wertschätzung erhalten und gleichzeitig der BMW-Konzern 1,6 Milliarden an Dividenden für ihre Manager:innen übrig hat, bei paralleler Einführung von Kurzarbeit, läuft etwas verkehrt. Aber genau das ist die Logik eines Wirtschaftssystems, in dem nicht die einzelnen Menschen mit ihren Bedürfnissen im Mittelpunkt stehen, sondern die Überlebensfähigkeit von profitorientierten Unternehmen.

Natürlich ist die Corona-Pandemie eine Krise, die sich auf das menschliche Zusammenleben global auswirkt. Dies würde auch in einer Gesellschaft jenseits des Kapitalismus Auswirkungen auf unser aller Zusammenleben haben. In einem Wirtschaftssystem in dem es keinen wirtschaftlichen Stillstand geben darf, sind die Auswirkungen jedoch weitaus bedrohlicher für Arbeitende, wie die genannten Beispiele aufzeigten. Es handelt sich nach unserem Verständnis um eine Krise der Wirtschaft, die mit einer solchen Situation nicht umgehen kann.

Die Corona-Krise verstehen wir eher als Krise des Kapitalismus und weniger als Naturkatastrophe. Das Problem besteht dabei nicht in der Versorgung von Lebensmitteln, Wohnraum oder anderen Gütern. Trotz des Lockdowns und des Stillstands von manchen Produktionszweigen reicht der Vorrat an verschiedenen Dingen. Es ist also kein Problem der Unterversorgung. Zumindest nicht für Deutschland oder andere reiche Länder des "globalen Nordens". Im Kapitalismus ist die Versorgung und Bedürfnisbefriedigung der Menschen aber nicht das erste Ziel der Wirtschaft. Stattdessen investieren sie ihr Geld in Arbeitskräfte und andere Produktionsmittel, wie Rohstoffe und Maschinen, um die Güter dann im Anschluss wieder zu verkaufen. Das Produkt wird also nur gegen Geld heraus gegeben, denn das erste Ziel ist es, einen Profit durch den Verkauf zu erwirtschaften. Das dadurch erhaltene Geld wird dann wieder - im besten Fall - in eine gesteigerte Produktion investiert. Der Lockdown unterbricht den Kreislauf mit dem Ergebnis, dass Unternehmen stillstehen und ihre Einnahmen fehlen. Dadurch werden Jobs gestrichen, obwohl viele Unternehmen durchaus Rücklagen hätten, weiterhin die gleichen Löhne zu zahlen. Das ist aber im Kapitalismus nur logisch, wenn daraus mehr Geld erwirtschaftet werden kann, als zu Beginn in der Unternehmenskasse war. Andere versuchen deshalb das Rad am Laufen zu halten. Das Beispiel des Fleischkonzerns Tönnies beweist dies.

Auf der anderen Seite sehen wir verzweifelte Arbeitende, die inmitten der eh schon schwierigen Zeiten entweder ihre Arbeitsplätze verlieren oder nichts mehr als die Arbeit übrig bleibt. Beides erzeugt eine Isolation, in der die Menschen allein auf sich gestellt sind und jeder und jede für sich die Krise verarbeiten muss. In einer Gesellschaft, in der die Bedürfnisse der Menschen im Vordergrund stehen und nicht die Profite, in der die Arbeitenden solidarisch und demokratisch entscheiden könnten, wie sie die Wirtschaft gestalten, könnte die Produktion auch mal für zwei Monate eingestellt werden. Das einzige was verloren ginge, wären die Produkte. Hier im reichen Norden, wie aufgezeigt, kein existenzbedrohlicher Schritt.

Um einer solchen Gesellschaft - einem demokratischen Sozialismus - näher zu kommen ist für uns die Vergesellschaftung von Unternehmen und damit, des dauerhaften Entzugs der Marktlogik ein wichtiger Schritt. Im Fall des Krankenhauses in Havelberg hätte damit eine Schließung vermieden und die Sicherstellung eines Teils der Gesundheitsversorgung gewährleistet werden können.



Mit dem „:“ wollen wir aufzeigen, dass es Geschlechter fernab der männlichen Norm gibt, diese mitdenken und sichtbar machen. Außerdem kann der „:“ besser von Vorlesegeräten erfasst und mitgesprochen werden.

Bildung auf eigene Gefahr

Neben den zunehmenden Schwierigkeiten für Arbeitende sind aktuell auch unmittelbar Schüler:innen und Auszubildende von der Krise betroffen. Lehrer:innen sitzen täglich über mehrere Stunden auf gewohnt engem Raum in Klassenzimmern mit den Schüler:innen zusammen, ohne Lüftungsanlagen und die Möglichkeit ausreichend Abstand für alle gewährleisten zu können. Das obwohl im öffentlichen Raum alles dafür getan wird, soziale Kontakte auf der Grundlage von Verantwortung und Solidarität auf ein Minimum zu reduzieren. Für junge Menschen gibt es noch weniger Möglichkeiten als für andere unabhängig vom öffentlichen Nahverkehr mobil zu sein, demzufolge sind auch sie es, die täglich in vollen Bussen und Bahnen größere Risiken eingehen müssen, um ihren täglichen Verpflichtungen nachzukommen. Das heißt aktuell für viele Schüler:innen und Auszubildende, noch mehr Stress, noch mehr Leistungsdruck als ohnehin schon, ausgelöst durch ein leistungsorientiertes Schulsystem, welches Lehrer:innen dazu zwingt aus Sorge vor kommenden Schulschließungen schnell Noten zu vergeben. Dabei müsste eigentlich verpasster Lernstoff aus der ersten Lockdown-Phase nachgeholt werden. Natürlich ist es grundsätzlich notwendig und wichtig einen Bildungsbetrieb so lange wie möglich am Laufen zu halten, jedoch muss dies unter gesundheitlich zumutbaren Bedingungen und Risiken erfolgen, gerade weil Gesundheit und Bildung als gleichrangig betrachtet werden müssen und nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Dies kann unserer Meinung nach nur in einer Gesellschaft erfolgen, in der Bildung, als wichtiger Pfeiler des gesellschaftlichen Zusammenlebens, nicht von den Mechanismen des Kapitalismus abhängig ist, wodurch bereits in den Kinderjahren die Logik der Konkurrenz und der Leistungsgesellschaft in den Köpfen der kommenden Generationen verankert wird.

Im Kontext der Vermeidung jeglicher Sozialkontakte in der Freizeit, der Einstellung von Vereinsarbeit, Aussetzung von kulturellen Veranstaltungen und Treffs offenbaren die angesprochenen Zustände die politische Motiviertheit der aktuellen staatlichen Maßnahmen. Sie sind blanker Hohn. Wir motivieren alle Schüler:innen und Auszubildenden dazu für ihr Recht auf Gesundheit und Bildung selbstbestimmt einzutreten und Alternativen für die Zeit während der Krise und

für danach zu entwickeln. In Frankreich geschieht genau das. Schüler:innen und Lehrer:innen organisieren gemeinsam Proteste und Streiks gegen die unzumutbare Politik der Macron-Regierung den Schulbetrieb wie gewohnt weiterlaufen zu lassen. Auch in Deutschland könnten solche Proteste politische Wirkmächtigkeit erzielen und eine Demokratie von unten stärken.



Hausarrest und Rassismus

Doch nicht nur die Zustände im Arbeits- und Bildungssektor bringen Unsicherheiten und Gefahren mit sich. Diese werden verstärkt durch die Zunahme der polizeilichen Aufgabenbereiche, sowie die Zunahme polizeilicher Srafbestände. Damit werden auch polizeilicher Willkür Haus und Hof geöffnet, worunter besonders eh schon ausgegrenzte Bevölkerungsteile zu leiden haben, wie beispielsweise Wohnungslose, prekär Beschäftigte, People of Color* und weitere. Aber auch andere Personengruppen können davon betroffen sein. So durften Ende Juni diesen Jahres 800 Personen ihre Wohnhäuser im Stadtteil Neue Neustadt nicht mehr verlassen. Diese Maßnahme wurde wiederum im Minutentakt von der Polizei kontrolliert und Verstöße dagegen mit Buß- und Strafgeldern geahndet. Auch Freiheitsstrafen sah das Infektionsschutzgesetz vor. Die Folge waren Unterversorgungen mit Lebensmitteln, Angst vor Verluste des Arbeitsplatzes und eine noch weitere Verschlechterung der Lebensqualität. Es erscheint uns paradox, dass Menschen, trotz der vollen Lebensmittelregale, nicht ausreichend mit grundlegenden Gütern versorgt werden. Doch nach dieser absurden Logik funktioniert unsere kapitalistische Wirtschaft. Die staatlichen Maßnahmen stärken diese Logik wiederum, durch soziale Isolation und dem konsequenten Aufrechterhalten der Wirtschaft. In Magdeburg-Neue Neustadt kamen Vorurteile gegenüber Rumän:innen, die für die Ausbreitung des Virus verantwortlich gemacht wurden hinzu. Dies steigerte die Ausgrenzungs- und Vereinzelungserfahrung jener und isolierte sie noch mehr.

In dieser Situation schufen solidarische Netzwerke, die sich stadtteilübergreifend organisierten ein Netz von Freiwilligen, welche die Menschen in der Quarantäne unterstützten. Damit wollen wir nicht die Notwendigkeit einer Quarantäne in Frage stellen. Wir verurteilen aber die Folgen, die dadurch für Menschen entstehen und befürworten die solidarische Selbstorganisation von unten, die sich dagegen formierte.

*People of Color (POC) ist eine Selbstbezeichnung von nicht-weißen Menschen, die in unterschiedlich ausgeprägter Form Rassismus erfahren.

Auf dem Rücken von Frauen

Die sozialen Folgen der Corona-Krise haben auch insbesondere Frauen zu tragen. Bei der Schließung von Kitas und Schulen fällt die Aufgabe, sich zu kümmern, also beispielsweise um Kinder und Haushalt, dreimal so stark Frauen zu. Schon vor der Corona-Pandemie übernahmen Frauen im Durchschnitt 1,5 Stunden mehr Sorgearbeit am Tag als Männer. Zudem sind Frauen meistens auch für sämtliche organisatorische und koordinierende Alltagsaufgaben zuständig: Braucht das Kind neue Schuhe? Wann ist der nächste Arzt-Termin? Sind die Brötchen für die Pause schon geschmiert? Sollten wir mal wieder etwas Pepp in unsere Beziehung bringen? Wenn ja, wie? Diese unsichtbaren Denkarbeiten, auch "mental load" genannt, sorgen für zusätzliche psychische Belastung. Durch all diese Faktoren entsteht eine Doppel- oder eher Mehrbelastung, die sich während der Corona-Pandemie weiter verschärft. Die Mehrbelastung im Haushalt und bei anderen unentgeltlichen Aufgaben, kann auch Folgen für die Arbeit mit sich bringen. So geben nach den Ergebnissen einer Forsa-Umfrage im Auftrag der Techniker Krankenkasse (TK) 57% der Frauen an, durch die Doppelbelastung psychisch gestresster zu sein. Das kann wiederum Auswirkungen auf die Lohnarbeit haben, wie zum Beispiel finanzielle Einbußen durch fehlende Stunden oder der Wechsel in die Kurzarbeit - ob im Homeoffice oder nicht. Dieser Faktor wird dadurch verstärkt, dass Frauen häufiger in prekären Beschäftigungsbranchen arbeiten und dadurch auch von einem erhöhten Risiko des Jobverlustes betroffen sind. Nicht nur das, auch die in der aktuellen Pandemie oft als "systemrelevant" bezeichneten Berufe - sei es in der Pflege, als Putzkraft, im Bildungssystem oder in anderen sozialen Jobs - wird die Arbeit zum Großteil von Frauen ausgeübt. Nicht erst seit der Pandemie dürfte bekannt sein, dass diese unterbezahlt und von fehlender sozialer Anerkennung geprägt sind. Abgesehen von der drohenden Altersarmut, hat dies auch psychische und gesundheitliche Folgen. Doch nicht einmal in der nun pandemiebedingt akuten Situation, wird für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen gesorgt. Stattdessen werden Lehrer:innen in volle Klassenzimmer gesteckt und Politiker fordern, Pfleger:innen trotz positivem Corona-Testergebnis zur Arbeit zu schicken - um nur wenige Beispiele zur Verdeutlichung zu nennen.

Die existenzielle Dimension betrifft nicht nur die potenziell gesteigerte Gefahr eines Jobverlustes, sondern kann eben auch die Gesundheit und das Überleben von Frauen betreffen. Das beweisen die steigenden Zahlen von häuslicher Gewalt und Morden an Frauen. Laut Bundesfamilienministerium ist jede dritte Frau mindestens einmal in ihrem Leben von physischer oder sexualisierter Gewalt betroffen. Die Täter sind dabei meist im engen Lebensumfeld zu finden. Das eigene Zuhause kann dadurch zu einem gefährlichen Ort werden. Gerade in der Corona-Pandemie ist dieser Ort mehr Dreh- und Angelpunkt der Lebens- und Arbeitswelt als sonst, denn Menschen sind gezwungen zuhause zu bleiben, sind isolierter von ihrem sozialen Umfeld und der psychische Stress steigt, was das Risiko von Gewalt im eigenen Zuhause erhöhen kann. Hinzu kommt, dass durch die soziale Isolation eben diese Gewalt auch zunehmend unsichtbarer wird.



*Wir beziehen uns bei dem Begriff Frau nicht auf das biologische Geschlecht. Auch trans und inter sowie nicht-binäre Menschen sind von den beschriebenen Unterdrückungsverhältnissen betroffen.

Was können wir tun?

Statt einer gesellschaftlichen Debatte und umfassenden Lösungen werden die Probleme isoliert betrachtet. Am Ende sollen wir die Rechnung zahlen, als Frauen, als Arbeitende, als Prekäre und Marginalisierte. Wir werden uns nicht durch politische Verordnungen und das gesellschaftliche Klima lähmen lassen und auf die Rückkehr eines „Normalzustandes“ warten. Gleichzeitig werden wir uns auch nicht mit Verschwörungsdenker:innen und Faschist:innen die Straße teilen.

Wir als Kiezkommune Magdeburg-Stadtfeld wollen jedoch nicht nur große Reden schwingen, sondern auch praktisch werden, im Kleinen wie im Großen. Genau wie sich Menschen gegenseitig in den unterschiedlichsten Zusammenhängen unterstützen und solidarisieren, wollen wir das auch tun. Wir versuchen deshalb als Organisation Möglichkeiten zu entwickeln, gemeinsam die verstärkte Vereinzelung während des Lockdown zu durchbrechen, sich mit anderen auszutauschen und gegenseitig zu unterstützen. Dabei sind uns konkrete Verbesserungen der Lebenssituationen von Menschen ein Anliegen. Dafür versuchen wir ein solidarisches Nachbarschaftsnetzwerk aufzubauen. Doch genau wie wir gemeinsam und achtsam im Lockdown unsere Solidarität praktisch werden lassen, ist es auch möglich eine Gesellschaft zu verwirklichen, in der die Wirtschaft den Bedürfnissen der Vielen und nicht den Profiten der Wenigen entspricht. Eine Gesellschaft, in der alle demokratisch über sämtliche Arbeits- und Lebensbereiche gemeinsam entscheiden können und jede Stimme gleichwertig Gehör findet. Eine Gesellschaft, die Natur und Leben erhält statt zerstört. Falls du das genauso siehst, schließe dich uns an.

Magdeburg Dezember 2020

Kiezkommune Magdeburg-Stadtfeld



So sind wir erreichbar:

www.kiezkommune.noblogs.org

kiezkommune-stadtfeld@systemli.org

Corona Hilfe-Telefon:

0152 05699187

Lust mitzumachen?

0152 05698772